

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Verteilung: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(1914-1915)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen von Seite:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 41.

Berlin, Mittwoch, 24. Mai 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die V. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. — Zur Belebung der Agitation. — Die Konkurrenzlauf bei gewerblichen Arbeitern. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die V. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Die vom 11. bis 13. Mai in Berlin tagte, wurde eingeleitet mit einem Begrüßungsabend, auf dem der Berliner Stadtschulrat Dr. Michaelis ein ausgezeichnetes Referat über den gegenwärtigen Zustand und die nächsten Aufgaben des Berliner Fortbildungsschulwesens hielt. Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden Dr. Freiherrn v. Berlepsch, der auf die große Bedeutung hinwies, die den gegenwärtigen Verhandlungen der Gesellschaft beikommt. Die Tagung sollte die öffentliche Meinung darüber aufklären, wie wichtig die Frage der jugendlichen Arbeiter und wie notwendig ein energisches Vorgehen auf diesem Gebiete ist. Denn es müsse zugegeben werden, daß die vergangene und gegenwärtige Generation an der lohnarbeitenden Jugend schwere soziale Unterlassungsünden begangen habe.

Wie großes Interesse den Verhandlungen beigegeben wurde, zeigte nicht nur die starke Beteiligung aus den Kreisen der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossenen Korporationen und Persönlichkeiten, sondern auch die erfreulicherweise recht große Anzahl von Vertretern der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, und der Verlauf der Tagung hat erwiesen, daß dieses Interesse auch durchaus berechtigt war.

Das erste Hauptreferat über den Berufsschutz der jugendlichen Arbeiter war dem Obermedizinalrat Professor Dr. v. Gruber-München übertragen, der von einem hohen idealen Standpunkt aus die Frage behandelte und sich im wesentlichen auf eine Schrift von Dr. Raup bezog, ohne sich deshalb mit allen feinen Schlussfolgerungen einverstanden zu erklären. Professor v. Gruber kam zu dem Ergebnis, daß die Gesundheitsverhältnisse unserer jungen Männer recht ungünstig sind, was auf ihren mangelhaften Schutz im Alter von 16 bis 20 Jahren zurückgeführt werden müsse. Die gegenwärtige Schutzhöhe von 16 Jahren ist physiologisch absolut nicht begründet. Berufsschäden tragen zu den schlechten Gesundheitsverhältnissen viel bei, und neben den Berufsschäden sind es die Geschlechtskrankheiten, die auf die Lichtigkeit des Nachwuchses nachteilig einwirken. Abhilfsmittel erblickt Professor v. Gruber im Ausbau des Schulartzsystems, in der Aufstellung und Fortführung von Gesundheitskatastern und in der ständigen Kontrolle der gewerblich tätigen Jugend, wenigstens bis zum 18., wenn möglich sogar bis zum 20. Jahre. Bei der Berufswahl müsse der Schularzt unter allen Umständen mitwirken. Weiter verlangt er den vollständigen Ausschluß der Nachtarbeit der Jugendlichen, die Einrechnung der Fortbildungsschule in die Maximalarbeitszeit, die Schaffung eines Ausgleiches zwischen geistiger und körperlicher Ermüdung usw. Für die Mädchen müsse vor allem der halbtägige Unterricht und die halbtägige gewerbliche Arbeit durchgeführt werden. Freilich würden alle gesetzlichen Maßnahmen nichts nützen, wenn die Jugend nicht selbst alle diese Bestrebungen kräftig unterstützt. Den steigenden Verurteilungen gegenüber müsse die Selbstbeherrschung sich betätigen.

Diesem mit hoher idealer Begeisterung vorgebrachten Gedanken folgte eine überaus rege Dis-

ussion, an der sich Sozialpolitiker, Ärzte und Arbeiterführer beteiligten. Auch unser Kollege Goldschmidt ergriff das Wort und führte aus, daß mit der wachsenden Volkskraft auch die industrielle Tätigkeit wachse. Diejenige Nation, die den Jugendschutz versumt, werde überflügelt werden von denjenigen, die die Notwendigkeit eines umfassenden Jugendschutzes erkennen und ihn durchführen. Die Forderung der Deutschen Gewerkevereine, das Schulalter für Jugendliche von 16 auf 18 Jahre heraufzusetzen, müsse unbedingt durchgeführt werden.

Am zweiten Tage sprach Oberbürgermeister Cuno-Sagen über die Pflichtfortbildungsschulen, wobei er sich auf eigene Erfahrungen stützen konnte. Leider findet sich, so führte der Redner aus, ähnlich wie früher in den Kreisen der Handwerksmeister jetzt in der Großindustrie vor allem in Rheinland und Westfalen eine starke Abneigung gegen den Fortbildungsschulzwang. Mehr als die Hälfte aller jugendlichen Arbeiter bleibt dort noch den Segnungen der Fortbildungsschule entzogen. Das ist sehr bedenklich, denn die Schule entläßt den jugendlichen Menschen gerade in der Zeit, wo er am unheimlichsten geworden ist, und gibt ihn völlig unkontrollierbaren Einflüssen preis. Hier ist es die Pflicht des Staates, sich des jungen Menschen anzunehmen, und die geeignete Stelle hierfür ist die Fortbildungsschule. Trotz alledem kann man es im rheinisch-westfälischen Industriebezirk erleben, daß, wenn sich irgendwo die Gemeindevertreter glücklich für die Fortbildungsschule ausgesprochen haben, die Besetzung der Durchführung dieser Beschlüsse einfach unmöglich machen. Deshalb muß die allgemeine Fortbildungsschulpflicht für die gesamte gewerbetreibende Jugend von 14 bis 17 Jahren ohne jede Ausnahme gefordert werden. Was die Gestaltung der Fortbildungsschule anbetrifft, so soll sie eine Berufsschule sein und damit dem berechtigten Egoismus des jugendlichen Arbeiters, im Berufe vorwärts zu gelangen, entgegenkommen. Der staatsbürgerliche Unterricht muß auf dem Lehrplan stehen; dagegen lehnte der Redner den Religionsunterricht entschieden ab. Leider konnte er sich nicht für die Ausdehnung der Pflichtfortbildungsschule auf die weibliche Jugend aussprechen; er will vielmehr eine abwartende Stellung einnehmen. Die wirtschaftliche Fortbildung der jungen Mädchen ist für ihn die hauptsächlichste Aufgabe der Pflichtfortbildungsschule, um für das spätere Leben tüchtige Frauen und Mütter zu bekommen.

Die Frage der Jugendpflege behandelte in geradezu glänzenden Ausführungen der Hamburger Pastor Walter Classen. Was dieser Redner bot, waren Erfahrungen persönlicher Art, die er im Kreise hamburgischer Jungen gemacht hatte, denen er die besten Kräfte seines Lebens widmet. Redner will die Jugendlichen in zwei Schichten teilen: in die 14—17jährigen und in die 17—20jährigen. In der ersteren Gruppe ist die Phantasie lebhaft, der Verstand im höchsten Maße aufnahmefähig, das Urteil aber noch unreif und schwankend; auch der Wille ist noch im Erstarken begriffen. Deshalb ist hier eine kräftige Führung notwendig, aber nicht etwa ein Vorgesetzter, sondern ein Leiter, der scheinbar nur mit Rat und Tat zur Seite steht, in Wirklichkeit aber doch die Zügel in der Hand hat. In dem höheren eigentlichen Jünglingsalter, also bei der zweiten Gruppe, ist der Wille stärker; der Verstand beginnt selbstständig zu prüfen, und es entsteht das Gefühlsbedürfnis. Aufgabe des Erziehers ist es, in diesem Alter auf den Willen zu wirken, den Egoismus zu überwinden

und im Charakter der jungen Leute treues und soziales Pflichtgefühl heranzubilden. Die Vermittlung von Kenntnissen über die öffentlichen Zustände der Nation ist dringend notwendig. Einerseits soll dabei dem Lernenden immer wieder in Erinnerung gebracht werden, wie klein sein Erfahrungsgeist noch ist; andererseits darf das schwankende junge Urteil nicht durch Einpreiben verengt werden. Das Gelehrte muß energisch bearbeitet werden. Der Leiter einer solchen Jugendgemeinschaft trägt eine große Verantwortung. Er muß aber auch eine Persönlichkeit sein, die durch sich selbst den jungen Leuten als Autorität gilt.

Die Besprechung dieser beiden Vorträge förderte die verschiedenartigsten und oft geradezu entgegengesetzten Anschauungen zutage. Unser Kollege Hartmann führte u. a. aus, daß die wirtschaftliche Not und der Zwang, möglichst bald Geld zu verdienen, viele Jugendliche sofort in die Erwerbsarbeit treibt und ihnen keine Zeit läßt, Geist und Körper in der Zeit der Entwicklung zu pflegen. Aufgabe der Berufsorganisationen müsse es sein, vor allem bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen; dann könne auch die Jugend sich in der Entwicklungszeit mehr schonen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform kann mit Stolz und Befriedigung auf diese ihre Tagung zurückblicken. Sie hat ein großes Kulturwerk geleistet, dadurch daß sie die Frage der jugendlichen Arbeiter in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gerückt, gleichzeitig aber auch die Grundlagen geschaffen hat, auf denen nunmehr weiter gebaut werden kann für die Jugend und damit für des ganzen Volkes Zukunft.

Zur Belebung der Agitation.

Die Agitation ist zweifellos für die Organisation die wichtigste Frage und steht deshalb immer wieder auf der Tagesordnung der Versammlungen. Ueber die Art, wie die Agitation betrieben werden muß und kann, bestehen häufig die verschiedensten Meinungen, die sogar zu Mißbilligungen und persönlichen Anrempelungen führen können. Da gibt es besonders eifrige Kollegen, die immer mit neuen Ideen kommen, so daß andere Mitglieder, bisweilen sogar der Vorstand so etwas wie Eifersucht fühlen, weil ihnen nicht die Priorität beispielsweise für Gründung eines neuen Ortsvereins zugesprochen werden kann. Ueber derartige Eifersüchteleien wird ein Kollege, dem die Sache mehr am Herzen liegt als die Person, lächelnd hinwegkommen.

Doch es soll nicht meine Aufgabe sein, die kleinen Fehler und Mängel, die sich in der Agitation wie bei allen menschlichen Einrichtungen zeigen, zu kritisieren, sondern ich möchte einen Vorschlag machen, wie man das Leben in den Vereinen reger machen und damit ebenfalls Agitation für unsere Sache treiben kann. Denn unter „Agitation“ ist nicht nur zu verstehen, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Nicht die Zahlen allein sind maßgebend für den Wert einer guten Sache, sondern der Geist, der in den Reihen der Mitglieder herrscht, der Geist der Ueberzeugung und der Zuversichtlichkeit, der Geist des Zusammengehörigkeitsgefühls, der Solidarität, der Geist der Selbständigkeit, Freiheit und Klarheit, der Geist des Vertrauens auf sich und seine eigene Kraft. Wollen wir diesen Geist in unseren Mitgliederreiben stärken, so müssen wir vor allen Dingen bemüht sein uns gegenseitig in unseren Grundfragen und zu bilden auf allen Gebieten des Wissens und des öffentlichen Lebens. Der Genfer Universitätsprofessor Marc Monnier zeigt uns da, wie Herr v. Bertuch erzählt, den richtigen Weg. Dieser

liebenswürdige Gelehrte hielt eine Art Rednerkursus ab. Jeder Teilnehmer konnte sprechen, wozu er wollte. Keinerlei Schranken waren gezogen; nur formelle Entgleisungen und persönliche Anrempelungen mußten unbedingt vermieden werden. In diese, meist nur 20 Minuten dauernden Referate, schloß sich stets eine lebhafteste Diskussion, die das Interesse verriet, das schließlich alle Zuhörer an den behandelten Themen gefunden hatten.

Sollte ein solches Verfahren nicht auch für uns möglich sein? Sollen wir es nicht fertig bekommen, auch unsere Ortsvereinsversammlungen in ähnlicher Weise interessant zu gestalten, wenn wir stets mit einem Referat beginnen, das keineswegs immer ein qualifizierter Redner zu übernehmen braucht? Wenn wir erst einmal damit den Anfang gemacht haben, so werden sich immer mehr Kollegen oder auch Freunde unserer Sache finden, die dem Ortsverein etwas bieten wollen. Ein Stedenpferd hat sicherlich ein jeder, und Übung macht auch auf diesem Gebiete den Meister. Solche Vorträge oder kleinere Referate sind immer geeignet, das Niveau der Verhandlungen zu heben. Vor allen Dingen aber werden auf diese Weise die vielen Klagen über schlechten Verammlungsbesuch, über häßlichen Ton in den Debatten verstimmen und die Mitglieder mehr Freude am Gewerkevereinsleben finden.

Das ist eine wirksame und zugleich billige Agitation! Die Freunde unserer Sache werden sich wohl bei uns fühlen; die uns noch Fernstehenden werden sich eher für uns gewinnen lassen, und unseren Gegnern werden wir diejenige Achtung abringen, die uns dann kraft unserer Sicherheit, unserer Geschlossenheit, unseres Strebens nach Bildung mit Recht zukommt. Aber auch nach der wirtschaftlichen Seite hin bieten sich uns Vorteile. Ein geistig gut geschulter Arbeiter ist zweifellos besser in der Lage, seine wirtschaftlichen Interessen zu vertreten als ein unwissender, als ein den öffentlichen Fragen gleichgültig und gedankenlos gegenüberstehender Arbeiter.

Die Versuche, die wir in letzter Zeit mit diesem Verfahren angestellt haben, zeigen, daß der Weg richtig ist. Das Interesse an den Verammlungen hat sich zweifellos schon gehoben. Das zeigt auch unsere letzte Ortsverbandsversammlung, in welcher von einem Lehrer, Herrn Gole, ein Vortrag über „Die Brüllungsfrage“ gehalten wurde. Steht diese Angelegenheit auch nur in einem lockeren Zusammenhang mit unseren Bestrebungen, so ist doch zu wünschen, daß sie auch in Arbeiterkreisen mehr Beachtung findet. Jedenfalls sind wir nicht allein auf Fragen gewerkschaftlicher Natur angewiesen. Das Gebiet des Wissens ist so ungebauer groß, daß für jeden etwas geboten werden kann. Zu wünschen wäre nur, daß obige Anregungen hier und da Beachtung finden.

Steinbrück-Gotha.

Die Konkurrenzklause bei gewerblichen Arbeitern.

In weiten Kreisen ist noch die Ansicht verbreitet, daß die Konkurrenzklause nur für das Handelsgewerbe oder sonst doch nur für die höheren Angestellten von Bedeutung ist. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß diese Ansicht irrig ist, und daß häufig auch mit gewerblichen Arbeitern Verträge mit Konkurrenzklauseln vereinbart werden. In der Monatschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ führt Streng-Pforzheim dafür einige interessante Beispiele an.

„Dem Pforzheimer Gewerbegericht wurden innerhalb kurzer Zeit drei Verträge bekannt, durch welche Pforzheimer Bijouteriefabrikanten gewerbliche Arbeiter, Mechaniker, an ihren Dienst zu fesseln suchten. Nach dem ersten Verträge erhielt der Mechaniker ein monatliches Gehalt von 220 Mark — für Pforzheimer Verhältnisse kein übermäßig hoher Lohn für einen tüchtigen Mechaniker —; dafür mußte sich der Arbeiter verpflichten, drei Jahre nach seinem Austritt weder in einem, noch für ein Konkurrenzunternehmen tätig zu sein, noch ein solches durch Rat und Tat zu unterstützen; Erfindungen und Entdeckungen, welche der Arbeiter im Laufe der Arbeitszeit machen sollte, durften nur zugunsten der Firma verwertet werden; für den Fall einer Zuwiderhandlung war eine Konventionalstrafe von 5000 Mark festgesetzt. In der gleichen Weise verpflichtete die Firma einen anderen Mechaniker, der neben einem Stundenlohn von 75 Pf. eine Jahresgratifikation von 350 Mark erhielt; im Falle einer Zuwiderhandlung war eine Konventionalstrafe von 1000 Mark fällig. Eine andere Firma verbot ihrem Mechaniker, drei Jahre lang nach seinem Austritt für oder in einem Konkurrenzunternehmen tätig zu

sein bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 500 Mark; die Lohnhöhe ist in diesem Verträge überhaupt nicht festgesetzt.

In diesen drei Fällen handelt es sich keineswegs um Angestellte mit besonderer Vorbildung, sondern um einfache Mechaniker. Es ist nun allerdings zuzugeben, daß der Mechaniker einer Bijouteriefabrik unter Umständen Kenntnis von Betriebsgeheimnissen haben kann. Bei seinem Uebertritt zur Konkurrenz ist er daher eventuell in der Lage, seiner früheren Firma Schaden zuzufügen. Andererseits wird aber der Arbeiter durch Abschluß derartiger Verträge in seiner freien Willensentscheidung über Verbleiben oder Austritt bei der Firma aufs schwerste beeinträchtigt. Diese Mechaniker pflegen nämlich erfahrungsgemäß ausschließlich mit Spezialarbeiten beschäftigt zu werden, so daß sie nach längerer Tätigkeit in der gleichen Bijouteriefabrik nicht jede andere beliebige Stellung übernehmen können. Wollen sie aus ihrer bisherigen Tätigkeit ausscheiden, so werden sie in der Regel ihren Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Stellen nur bei Konkurrenzfirmen erlangen können. Für diesen Fall droht ihnen aber die Fälligkeit der für einen Arbeiter exorbitant hohen Konventionalstrafe. Wollen sie diesen Nachteil vermeiden, so müssen sie sich mit minderwertigen, schlecht bezahlten Stellen begnügen. Der Abschluß der Konkurrenzklause bringt also diesen Arbeitern die schwersten wirtschaftlichen Nachteile, er nimmt ihnen in gewissem Sinne das ihnen gesetzlich zustehende Recht der Kündigung. Ein derart weitgehender Eingriff in das persönliche Selbstbestimmungsrecht des Arbeiters steht aber in gar keinem Verhältnis zu den eventuellen finanziellen Verlusten, welche das Bekanntwerden irgendeines Betriebsgeheimnisses dem Arbeitgeber bringen kann. Es ist deswegen dringend zu wünschen, daß der Gesetzgeber baldmöglichst den Abschluß derartiger Verträge durch Richtigkeitserklärung derselben verbietet.“

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 23. Mai 1911.

Der Verein der Deutschen Kaufleute hält gegenwärtig in Berlin im „Marinehaus“, unter Vorsitz von Hugo Sommer, seinen siebenten ordentlichen Delegiertentag ab. So lange dieser aus dem Verbands der Deutschen Gewerbevereine hervorgegangen, von einem überzeugten Gewerbevereiner, unferm untergeordneten Adolf Sommer, begründete Verein dem Verbands angehörte, gab es darin Gegner der Verbandsgemeinschaft. Auf fast allen Delegiertentagen kamen Anträge auf Austritt aus dem Verbands zur Verhandlung. Der Grund hierfür lag zumeist in dem geringen Verständnis mancher Handlungsgehilfen für die große Bedeutung eines gemeinsamen Zusammenwirkens von organisierten Handlungsgehilfen mit den organisierten Arbeitern anderer Berufe. Obgleich manche dieser Herren elend schlecht bezahlt werden, nehmen sie Anstoß daran, mit Arbeitern, die oft genug materiell besser gestellt sind, in einer Gemeinschaft organisiert zu sein. So ein Herrchen hatte in der Versammlung eines Berliner Ortsvereins der Kaufleute den Austritt aus dem Verbands verlangt, weil es ihn geniere, einem Berbands anzugehören, dem z. B. die organisierten städtischen Arbeiter der Straßenreinigung angegeschlossen seien. Dieser dummsotige Dünkel lag immer wie ein Schatten zwischen einem Teil der im Verein der Deutschen Kaufleute organisierten Handlungsgehilfen und vielen anderen Gewerbevereiner und ließ an manchen Stellen keine rechte, innerlich gefühlte Solidarität aufkommen. Die treuen Kollegen aus dem Verein der Kaufleute, die stolz darauf waren, mit den Arbeitern anderer Berufe gemeinsam den Kampf für eine geistige und wirtschaftliche Erporhebung der gesamten Arbeiterschaft, zu der trotz alledem auch die Handlungsgehilfen gehören, zu führen, gerieten zuletzt in die Minderheit, und am Sonntag hatten die Gegner der Verbandsgemeinschaft auf dem Delegiertentag die Mehrheit erlangt und beschlossen den Austritt aus dem Verbands. Der Schlag war gut vorbereitet. Einer der Berliner Ortsvereine mit 700—800 Mitgliedern beschloß in einer Versammlung von 20 Teilnehmern, einen Delegierten zu wählen, der Anhänger der Verbandsgemeinschaft war. Die Gegner dieser Gemeinschaft stießen in der nächsten, nur von 17 Mitgliedern besuchten Versammlung, den gefassten Beschluß wieder um und wählten einen Verbandsgegner, der nun tapfer im Namen aller Mitglieder seines Vereins für den Austritt stimmte.

Der Beschluß, so beklagenswert er an sich und um der Handlungsgehilfensache willen auch ist, ist um so bedauerlicher, als der Referent über die

Austrittsanträge, Herr Borchardt, der erst seit einigen Jahren der Organisation angehört und in dieser Zeit gern als der Treuesten einer sich aufspielte, im Referate seine Nase abwarf und selbst dem im Grabe ruhenden Begründer der Deutschen Gewerbevereine Dr. Max Birch als einen Mann hinstellte, der für die Entwicklung des Vereins ein Vermittler gewesen sei. Das sagt genug.

Wir danken den treuen Gefährten einer über Jahrzehnte gepflegten Waffenbrüderschaft, daß sie bis zur letzten Stunde der Verbandsgemeinschaft die Treue hielten. Im heißen Streite sind sie unterlegen.

Von nun an trennen sich die Wege des Vereins der Deutschen Kaufleute und unseres Verbandes. Wir werden es indes auch in Zukunft nicht daran fehlen lassen darauf hinzuweisen, daß der Klub für alle unsere Zeit vertretenden Handlungsgehilfen an der Seite der Arbeiter ist.

Die gesetzliche Einführung paritätischer Arbeitsnachweise auf kommunaler Grundlage, sowie eine amtliche Kontrolle über die einseitigen Zwangsarbeitsnachweise der Unternehmer wurde in einer Eingabe gefordert, die der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine im Laufe des vorigen Jahres an den Reichstag abgedandt hatte. Darin wurde es für eine Pflicht des Gesetzgebers erklärt, die Arbeiter zu schützen, damit ihnen die gesetzlichen Rechte der Freizügigkeit und der Koalition wie auch die politische Freiheit ungehindert erhalten bleiben. Die Eingabe hat in diesen Tagen die Petitionskommission des Reichstages beschäftigt mit dem Erfolge, daß die Petition dem Reichsfanzler zur Erwägung überwiegen wurde.

Der Gewerbeverein der Deutschen Schneider im Jahre 1910. Im „Berichterstatler“ finden wir eine interessante Darstellung der finanziellen Verhältnisse und der sonstigen Entwicklung des genannten Gewerbevereins, die von allgemeinem Interesse sein dürfte. Einnahmen und Ausgaben der Gewerbevereinskasse balancieren mit 123 924,32 Mark und weisen damit eine Höhe auf wie noch in keinem Jahre vorher. Mancherlei Momente haben dazu beigetragen. Vor allen Dingen hat die Aussicht auf schwere Kämpfe den Hauptvorstand zur Ausschreibung einer Extrasteuer von sechs Wochen veranlaßt, die für männliche Mitglieder, außer Lehrlingen, 50 Pf., und für weibliche Mitglieder 25 Pf. pro Woche betrug. Diese Extrabeiträge ergaben 11 070 Mark; an ordentlichen Beiträgen wurden 44 905,75 Mark, an Eintrittsgeldern 543,50 Mark vereinnahmt. Einschließlich der Einnahmen aus Zinsen, Abonnementgeldern usw. hatte die Gewerbevereinskasse eine Einnahme von 58 112,13 Mark gegen 43 472,10 Mark im Jahre 1909. Die Ausgaben betragen 52 291,80 Mark, von denen nahezu die Hälfte, nämlich 25 150,21 Mark für Streifenunterstützung und Lohnbewegungen aufgewandt wurden. Die Aufwendung für Reise- und Ueberziehungsunterstützung betrug 1180,42 Mark, für Beitragsdeckung 442,13 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 877 Mark, für Notstandsunterstützung 870 Mark, für sonstige Unterlieferungen über 700 Mark. Das Vermögen der Gewerbevereinskasse beträgt 66 140,80 Mark gegen 61 916,17 Mark im Jahre 1909. Sinsu kommt das Vermögen der Lokalkassen mit 7443,44 Mark, so daß das gesamte Vermögen der Gewerbevereinskasse 73 584,23 Mark beträgt, das heißt 16,27 Mark pro Mitglied.

Die Mitgliederbewegung weist leider eine starke Fluktuation auf. Obgleich weit mehr als 1000 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren, ist die Mitgliederzahl von 4616 auf 4521 zurückgegangen, ein Verlust, der allerdings im ersten Quartal dieses Jahres längst wieder eingeholt ist. Diese dauerliche Erscheinung wird wohl mit Recht auf die Extrabeiträge zurückgeführt, die auch eine erfolgreiche Werbearbeit stark erschwerte. An Lohnbewegungen war der Gewerbeverein der Schneider 27mal beteiligt. 26 davon endigten mit dem Abschluß eines Tarifs. In sieben Fällen kam es zur Arbeitsniederlegung, während in zwanzig Fällen die Bewegung friedlich verlief. Am Jahresabschluss war der Gewerbeverein an 75 Tarifen beteiligt.

Die Einnahme in der Krankenkasse belief sich auf 58 752,56 Mark, denen eine Ausgabe von 60 264,73 Mark gegenübersteht. Von dem Schicksal der Reichsversicherungsordnung wird es abhängen, ob der Hauptvorstand der Generalversammlung die Umwandlung in eine Zuschußkasse, oder eine Erhöhung der Beiträge vorschlägt. Ein günstiges Bild weist die Begründungskasse auf, der ein Ueberfluß von beinahe 4000 Mark verbleibt und die ein Vermögen von 153 197,67 Mark besitzt. Das Gesamtvermögen des Gewerbevereins mit

seiner Hilfskasse beträgt nicht weniger als 226 681,91 Mark. Mögen diese Zahlen dazu beitragen, dem Gewerbeverein der Deutschen Schneider recht viel neue Mitglieder zu gewinnen!

Es ist erreicht! Wenn es dem Reichstage auch nicht gegliedert ist, die zweite Lesung der Reichsvereinerungsordnung, wie ursprünglich beabsichtigt war, schon am Sonnabend zu Ende zu bringen, so hat er dieses Kunststück doch am Montag geschafft. Die dritte Lesung soll ebenfalls noch vor Pfingsten erledigt werden. Getreu der bisher geübten Praxis wurden alle Verbesserungsvorschläge rücksichtslos niedergelassen. Nicht einmal für die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre war eine Mehrheit zu haben. Bemerkenswert ist, daß selbst der christliche Gewerkschaftsführer Becker-Arnberg sich gegen die Herabsetzung der Altersgrenze aussprach, weil der Staatssekretär einen solchen Beschluß als unannehmbar bezeichnet hatte; denn das Reich wäre damit um etwa 8 Millionen Mark belastet worden. Für jeden Politiker ist es klar, daß um einer solchen Bagatelle willen die Regierung nicht die Verantwortung für das Scheitern der Reichsversicherungsordnung übernehmen hätte. Deshalb ist die Haltung des Abgeordneten Weyer und seiner Freunde im Interesse der Arbeiterschaft tief zu bedauern. Die Ablehnung der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre erfolgte nämlich in namentlicher Abstimmung mit nur 160 gegen 146 Stimmen.

Auch die dritte Lesung wird keinerlei wesentliche Milderung bringen und man kann heute wohl schon mit Bestimmtheit sagen, daß die Reichsversicherungsordnung in der bisher beschlossenen Form Gesetz werden wird. Selbstverständlich werden wir, sobald das Gesetz endgültig verabschiedet ist, in eine eingehende Besprechung eintreten, und auch an einer Kritik unsererseits wird es nicht fehlen.

Reichstagskandidaturen von Gewerkschaftsführern. In Ergänzung unserer Notiz in Nr. 38 teilen wir noch mit, daß in Dortmund der Kollege Braun und in Selskirkchen der Kollege Pieper, beide Beamte des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, als Kandidaten für den Reichstag aufgestellt worden sind; ersterer für die demokratische Vereinigung, letzterer für die Fortschrittliche Volkspartei.

Arbeiterbewegung. Die bei der Firma Peipers & Cie. Walzendreherei und -gießerei in Siegen beschäftigten Walzendreher haben die Kündigung eingereicht. Die Arbeiter hatten vor etwa acht Wochen an die Werksleitung das Ersuchen gerichtet, an Stelle der bisherigen 10 1/2stündigen die sechsstündige Arbeitszeit zu bewilligen, 15 Prozent Lohnhöhung zu gewähren, und der Einführung eines Arbeiterausschusses zuzustimmen. Die Direktion gab zunächst der Arbeiterkommission ausweichende Erklärungen und nahm schließlich eine ablehnende Haltung ein. In gleicher Weise wurde eine Eingabe der Formner, welche die gleichen Forderungen wie diejenigen der Walzendreher enthielt, abgelehnt. Wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird, erscheint der Kampf unvermeidlich. — In Berlin streifen sowohl die Baukämpfer als auch die Gasmeserflempner weiter. In den Bewegungen ist keine Milderung eingetreten. — Auch der Kampf der in den Eisenkonstruktions-Betrieben Berlins beschäftigten Metallarbeiter geht weiter; es sind daran etwa 2000 Personen beteiligt. — Auf der Schiwaerwerft in Danzig werden die Arbeiter aus den Werkwohnungen herausgetrieben. An der Bewegung selbst hat sich dadurch nichts geändert. Die Betriebsleitung verhält sich nach wie vor auf dem Standpunkte, daß sie mit den Arbeitern nicht verhandelt. — Ihren Fortgang nimmt auch die Bewegung der Bergleute im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Die Bemühungen der Grubenverwaltungen auf Gewinnung von Arbeitswilligen sind so gut wie fruchtlos. Die Arbeiter harren mutig im Kampfe aus und beobachten eine geradezu musterhafte Ordnung. Auch die Frauen haben in großen Vermählungen das Versprechen abgegeben, ihren Männern im Kampfe zur Seite zu stehen. — Im Münsterlande steht ein großer Textilarbeiterkampf bevor, weil in Warendorf bei der Firma Kalk die Arbeiter in den Streik getreten sind. Die Einigungsverhandlungen sind vergeblich gewesen, und so sollen denn am heutigen Montag sämtliche Textilarbeiter ausgesperrt werden. 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen kommen dabei in Betracht, von denen 5000 im christlichen Textilarbeiterverband organisiert sind. — Die Bäckergehilfen sind zurzeit an mehreren Orten im Kampfe um bessere

Lohn- und Arbeitsbedingungen. In Berlin werden die Verhandlungen zurzeit noch weitergeführt, und erst am Mittwoch wird die Entscheidung fallen, welchen Verlauf die Bewegung weiter nimmt. — In Breslau ist es bereits zum Kampf gekommen, dort haben etwa 360 Bäckergehilfen von 500 die Arbeit niedergelegt, während ein kleiner Teil bereits zu den neuen Bedingungen arbeitet. — Auch in Dresden haben die Bäckergehilfen beschlossen, in eine Bewegung einzutreten, die in der Hauptsache auf die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges ausgeht. Dafür sollen die Mindestlöhne für die Zukunft auf 23 Mark erhöht werden; außerdem wird ein paritätischer Arbeitsnachweis und die Einführung eines 36stündigen Ruhetages in der Woche gefordert. — Bei den Hafengebäuden in Wilhelmshaven streifen etwa 400 Arbeiter, weil die Firma, die mit der Ausführung der Bauten betraut ist, sich weigert, die für das Tiefbaugewerbe vereinbarten Tariflöhne zu zahlen. — Auf der Seefischwerft von Blohm & Wob in Hamburg waren Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Am Mittwoch wird die Arbeit wieder aufgenommen, und durch weitere Verhandlungen soll ähnlichen Differenzen für die Zukunft vorgebeugt werden.

Wie die Verbändler gegen Andersdenkende kämpfen, das zeigt deutlich folgender Vorgang in Dresden. In der sozialdemokratischen „Dresdener Volkszeitung“ erschien am 17. Mai eine Notiz mit der Ueberschrift „Girsch-Dundersche Arbeitswilligen-Vermittlung“, wonach über den Neubau eines Baumeisters Müller in Strehlen die Sperre verhängt worden sei, weil er den Tarif nicht innehalte, und der Arbeitsnachweis der Deutschen Gewerksvereine, „wie schon oftmals festgestellt wurde“, als Streifbrehchervermittlungsbureau fungiere. Daraufhin sandte unser Kollege Berndt-Dresden als Verwalter des Arbeitsnachweises dem genannten sozialdemokratischen Blatte eine Verichtigung, deren wesentlichster Teil lautet: „1. Die Sperre über den Neubau Müller-Dresden-Strehlen, Robert Kochstraße, ist von dem Verband der Bauhilfsarbeiter lediglich aus dem Grunde verhängt worden, um den Bauherrn zu zwingen, die im Gewerbeverein organisierten Maurer zu entlassen. 2. Die für Dresden tariflich festgesetzten Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durchaus garantiert. 3. Der Arbeitsnachweis der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), Dresden-N., Falkenstr. 4, hat noch niemals Arbeiter in Stellen vermittelt oder zu vermitteln gesucht, in welchen nicht geregelte Arbeitsverhältnisse bestanden.“

Diese Verichtigung brachte die „Dresdener Volkszeitung“ nicht wörtlich, sondern in der der sozialdemokratischen Presse eigentümlichen Art und mit dem Zusatz, daß diese „Verichtigung“ durchaus keine sei, „denn die Sperre wurde verhängt, weil dort Affordarbeit geleistet wird. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß der Arbeitsnachweis einem gesperrten Bau Reute zugewiesen hat.“

Dieser Zusatz ist eine Unwahrheit. Der wirkliche Grund für die Verhängung der Sperre ist darin zu suchen, daß Gewerksvereinskollegen auf dem Bau beschäftigt waren. Denn der als Baulegitime fungierende „Genosse“ Schwarze hat am 12. Mai eine Abstimmung vornehmen lassen über einen Antrag, nicht mit Girsch-Dunderschen zu arbeiten. „Wenn diese nicht entlassen werden, wird die Arbeit niedergelegt.“ Durch Zeugen ist ferner festgestellt worden, daß der genannte Schwarze erklärt hat: „Wir dürfen nicht mit euch zusammen arbeiten, denn ihr Girsch-Dunderschen steht auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, welche wir als eine revolutionäre Partei bekämpfen.“

Wir stellen zunächst diese offenkundige Verquickung von politischen und gewerkschaftlichen Dingen fest. Außerdem aber lassen diese Ausführungen den wahren Grund für die Verhängung der Sperre erkennen. Im übrigen aber ist laut Tarif Affordarbeit überhaupt zulässig. Ferner kam am 12. Mai Affordarbeit gar nicht in Frage, da vom Bauherrn nur Stundenlohn zugesagt war. Und endlich muß festgestellt werden, daß die im sozialdemokratischen Zimmererverband organisierten Zimmerer auf demselben Bau ruhig weiter arbeiteten, ohne sich um die Sperre zu kümmern.

Alle diese Tatsachen lassen erkennen, daß es den „Genossen“ nur darauf ankam, den Gewerkevereinern wieder einmal eins zu versehen und gleichzeitig nach außen hin den Eindruck zu verwischen,

daß die „Genossen“, wie in so vielen Fällen wieder einmal den schmächtigsten Terrorismus getrieben haben.

Vom sozialdemokratischen Redakteur zum Reichsverbandsagitator. Unter dieser Ueberschrift erzählt der „Vorwärts“, daß ein Herr Otto Burgemeister, der im Jahre 1908 Redakteur der sozialdemokratischen „Oberfränkischen Volkszeitung“ gewesen ist, beim Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine Anstellung erhalten und auch bereits eine Schmähschrift gegen die Sozialdemokratie verfaßt habe. Wie gut sich Burgemeister zum sozialdemokratischen Redakteur eignete, kann man aus der Bemerkung des „Vorwärts“ sehen, daß der Herr die Redakteure des bürgerlichen „Goser-Anzeiger“ in so rüder Weise angempelt habe, daß sich selbst die „Genossen“ ins Mittel legen mußten. Trotzdem hat sich jetzt dieser Wandel vollzogen, und mit einem Male werden von der sozialdemokratischen Presse an dem Manne alle möglichen schlechten Eigenschaften entdedt, von denen man nichts gemerkt hatte, solange er im Dienst der Sozialdemokratie tätig gewesen war. In Anbetracht der Schilderung des „Vorwärts“ dürfte ein anfänglicher Hund überhaupt kein Stück Brot mehr von Burgemeister fressen.

So ändern sich bisweilen die Menschen! Verkehrt wäre es, wollte man nun daraus den Parteien oder Vereinigungen, aus denen solche Kengaten hervorgehen, einen Vorwurf machen. Das liegt uns auch fern. Aber wir möchten doch darauf hinweisen, daß vor nicht allzu langer Zeit gerade der „Vorwärts“ uns gern einen Strich daraus gedreht hätte, daß Herr Rebus, der Führer der Gelben, kurze Zeit für das Korrespondenzblatt der Gewerksvereine gearbeitet hat. Wir haben seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß Herr Rebus, bevor er für uns tätig war, auch schon Redakteur an dem Dortmunder sozialdemokratischen Parteiblatt gewesen ist. So zeigen denn diese beiden Fälle, daß selbst Leute, die so „modern“ und „zielbewußt“ gewesen sind, daß sie die höchsten Vertrauensposten in der „Partei“ bekleideten, sich so mauern können, daß sie zu den schlimmsten Gegnern der Arbeiter werden.

Ein interessanter Prozeß, der annähernd fünf Jahre gedauert hat, ist am vorigen Donnerstag durch ein Urteil des Oberlandesgerichts endgültig entschieden worden. Es handelte sich um eine Klage des Verbandes der Hamburger Holzindustriellen gegen den Holzarbeiterverband auf Schadenersatz. Im Mai 1905 hatten die genannten Organisationen für Hamburg einen Tarifvertrag abgeschlossen. Wegen Beteiligung an der Maifeier 1906 wurden die Holzarbeiter bei einer Anzahl von Firmen, die dem Schutzverbände angehörten, auf drei Tage ausgesperrt, was diese Arbeiter mit Lohnforderungen beantworteten. Als diese Forderungen nicht bewilligt wurden, verhängte man die Sperre über die fraglichen Betriebe. Diese erhielten aus der Schutzverbandskasse eine Entschädigung von 7065 Mark. Der Schutzverband aber strengte nunmehr eine Entschädigungsklage in Höhe von 6500 Mark an gegen den Holzarbeiterverband, die Ortsverwaltung Hamburg dieses Verbandes und den damaligen Vorsitzenden der Ortsverwaltung Hamburg, Neumann. In verschiedenen Urteilen wurde die Klage sowohl gegen den Holzarbeiterverband als auch gegen die Ortsverwaltung Hamburg für unberechtigt erklärt. Dagegen ist Neumann, nachdem er sämtliche Instanzen angerufen hat, vom Landgericht in vollem Umfange der Klage verurteilt worden, und auch das Oberlandesgericht hat am Donnerstag das Urteil bestätigt. Neumann hat danach an den Schutzverband der Arbeitgeber den Betrag von 6500 Mk. nebst Zinsen, wozu noch ganz beträchtliche Prozeßkosten kommen, zu zahlen.

Der Verband der deutschen Buchdrucker, der vergangene Woche in Hannover seine Generalversammlung abgehalten hat, nahm zur Tarifrevision Stellung in folgender Resolution:

„Nach eingehender Erörterung der gewerblichen Lage beschließt die siebente Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, daß die Gehilfenschaft in den noch einuberufenen Tarifrevisionsversammlungen eine Revision des Tarifs zu beantragen und daß sie als wesentliche Spezialanträge einzureichen hat:

1. Eine Revision der §§ 4 und 16, die den verteuerten Lebensbedingungen der Gehilfen Rechnung trägt und deren materielle Lage aufbessert.
2. Eine Revision des § 1, die eine den Verhältnissen unseres Gewerbes angepaßte Arbeitszeitverteilung zum Ziele hat.
3. Eine Revision des § 6, die einer weiteren Einschränkung der Ueberstunden in wirklich wirksamer Weise Rechnung trägt.

4. Eine der Prozentgiffer der Arbeitslosen ent- sprechende Minderung des § 12.
5. Eine zweckmäßige Ausgestaltung der Arbeitsnach- weise in bezug größerer Wirksamkeit derselben.

Im übrigen erklärt sich die Generalversammlung ausdrücklich bereit, die bei der Hebung des Gesamtgewerbes dienende Tarifgemeinschaft weiter festsetzen und aus- bauen zu helfen und dadurch den Prinzipalen die Mög- lichkeit zu sichern, den begründeten Anforderungen der Geschäftsführung gerecht werden zu können.

Außerdem fand auch folgende Resolution ein- stimmige Annahme:

Die 7. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt Kenntnis von den in der laufenden Tarifperiode erfolgten Kontraktbrüchen sowie der Richtererkennung eines tarifamtlichen Urteils. Sie spricht ihre schärfste Billigung über solche Vor- kommen aus und verlangt unter allen Umständen von den Mitgliedern des Verbandes die vollste Anerkennung der tariflichen Institutionen und Unterwerfung unter die Rechtsprechung derselben. Gegen Mitglieder, die sich solche Verhältnisse zuschulden kommen lassen, soll der Verbandsvorstand nach den statutarischen Bestimmungen vorgehen.

Die Generalversammlung erwartet von der Prinzipal- politik, daß sie den zum Teil aus der technischen Ent- wicklung herabgehenden Schwierigkeiten für die Orga- nisation und deren Leitung Rechnung trägt und sie entsprechend würdigt.

Gewerkvereins-Zeil.

§ Dessau. Vor kurzem ist es gelungen, auch in unserer Stadt einen Ortsverein der Holzarbeiter zu gründen, der sich recht günstig entwickelt. Am 13. Mai hielt derselbe eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kollege R. Schumann a. d. Berlin über die Stellung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewe- gung sprach. In vorzüglicher Weise entzündete sich der Redner seiner Aufgabe und wies die Wege zu einer gründlichen Reform der heutigen Verhältnisse. Kamen- tlich kritisierte er scharf die Zersplitterung in der Ar- beiterbewegung, wie sie durch das Hineintragen poli- tischer und religiöser Momente herbeigeführt worden ist. Bisherige Kraft wird vergeudet in dem Bruderkampf unter den Arbeitern! Bisher notwendig ist diese Kraft für den Kampf zur Erreichung besserer Arbeits- bedingungen! Der Redner fand mit seinen Aus- sührungen lebhaften allseitigen Beifall. Auch die Dis- kussionsredner, welche die örtlichen Verhältnisse mit in Betracht zogen, zogen, zogen ihm lebhaften Zustimmung. Ueberhaupt bot der Abend für alle Erscheinenden reiche Anregungen und wird sicher fördernd wirken für die Arbeit um die Ausbreitung unserer Ideen. Nachdem dann noch einige interne Vereinsangelegenheiten er- ledigt waren, erfolgte der Schluß der Versammlung.

§ Nürnberg. Sein 25jähriges Bestehen beging der Metallarbeiterverband der Reichs-Dunderten Gewerks- vereine in Nürnberg insofern, als am 13. Mai die 7. Generalversammlung stattfand und der Vorsitzende bei der Eröffnung auf eine 25jährige erfolg- und segensreiche Tätigkeit als Familienkassen für freien Arzt und Apotheker hinweisen konnte. Im Jahresberichte wurde weiter ausgeführt, daß wir zwar unter den hiesigen Doktor- und Apothekern zu den kleineren zählen, aber im Laufe der ganzen Jahre unsere Ver- pflichtungen den hiesigen Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Familien einerseits und den Ärzten und Apo- thekern andererseits stets getreulich und ge- wissenhaft erfüllt und vor allem die wirtschaftlich

Schwachen in Zeiten der Not unterstützt haben. Wenn uns nun allen, die wir in diesen Jahren in ungenü- glicher Weise an diesem Werke mitgewirkt haben, keine besonderen Ergründungen erwarten und erwarten können, so liegt unsere Anerkennung in dem Werke selbst und der glücklichen Durchführung der vor 25 Jahren gestell- ten Aufgaben bis zum heutigen Tage. Der Jahres- bericht zeigte, daß der Metallarbeiterverband im letzten Jahre nicht ungünstig gewirtschaftet hat und daß bei demselben 375 hiesige Gewerkschaftsmitglieder ver- sichert sind. Die jahresgemäße Rechnung ergab, daß der Vorsitzende Kollege Käfer, der Kassierer Kollege Dorn, beide nach 25jähriger und der Schriftführer Kollege Hoffmann nach 18jähriger Tätigkeit ein- heilig wiedergewählt wurden.

§ Posen. Die Monatsversammlung des Gewerk- vereins der Deutschen Stein- und Glaserarbeiter fand am 14. Mai in Herzogswaldau statt. Die geschäftlichen Arbeiten wurden durch Kassierer und Schriftführer er- ledigt. Im Anschluß daran gab der Kassierer die Rechnungslegung für das erste Quartal, welche ein er- freuliches Bild für die Gewerkschaftskasse bot. Da die Kasse und die Bücher von den Revisoren in bester Or- dung vorgefunden worden waren, wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Bezüglich der nächsten Ver- sammlung wurde beschlossen, sie am 11. Juni, nach- mittags 8 Uhr, in Sedzisz abzuhalten. Der Vorsitzende machte ferner bekannt, daß in der letzten Ortsverbanderversammlung beschlossen wurde, die Ent- schädigung für den als Stadtdirektor tätigen Kol- legen Quander und für die Gemeindevorsteher über- haupt bei Beurlaubungen aufzugeben; es soll vielmehr jeder Verein seine Mitglieder selbst unterstützen. Weiter wurde noch über die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Schall gesprochen. Die Frage, ob der Betrieb gespart werden soll oder nicht, wurde vorläufig dem Vorstande überlassen. Das Schreiben vom Gewerk- verein der Bauhandwerker in Magdeburg betreffs des Anschlusses an diesen Gewerksverein wurde beraten, der Vorschlag aber abgelehnt. Es wurde vielmehr betont, daß es notwendig sei, sich einer größeren Organisation anzuschließen, welches ebenfalls dem Vorstande über- lassen wurde. Der Vorsitzende forderte zum Schluß noch die Mitglieder auf, die nächste Versammlung so zahlreich wie möglich zu besuchen, da doch die letzten beiden Punkte zur endgültigen Entscheidung gelangen müssen.

Verbands-Zeil.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerk- vereine (G. V.), Verbandsklub der Deutschen Gewerk- vereine, Greifswalderstr. 221/22. Mittwoch, 24. Mai abds. 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Lewin: „Die in Deutschland Gelehrte gemacht werden.“ Volständig- ergebnisse erwidelt. Güte herzlich willkommen.
Gewerkschaftsvereine (G. V.), Jeden Don- nerstag abds. 9-11 Uhr, Lehnungsstunde i. Verbandsklub, der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Güte mittl.
Sonabend 27. Mai. Maschinenbau- und Metall- arbeiter III. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Kadau, Balder 58.
Maschinenbau- und Metall- arbeiter VIII. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung im Ver- bandsklub, Greifswalderstr. 221/22. Rechnung des Vorsitzenden und des Schriftführers. **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung Böttcherstr. 22. Rollenbestellung. (Sommerfest).
Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abds. 8-10 1/2 Uhr Jahrestag bei Krull, Putzwerkstr. 51. Himmels- fahrtstag Herrenpartie nach Kottin. Abfahrt Omnibus um 6 Uhr. Treffpunkt bei Hofstr. **Maschinenbau- und**

Metallarbeiter XIII. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung Schönbauer Nr. 65. L.-D. Gesellschaft. Herrenpartie nach Zepernid, Klempner, Kante, Bernan. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen, für Nachzügler 8 Uhr Bahnhof Zepernid.

Rigsdorf I. (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Sonnabend, 27. Mai, abds. 9 Uhr Versammlung mit Damen bei Rumb. Jägerstr. 77. Tagesordnung: Geschäfts- liches. Zeitungsfrage. Rollenbestellung. Vortrag des Herrn P. Kiebel: „Himmelfahrt - Pfingsten“.

Orts- und Bezirksverbände.

Breslau (Ortsverband). Montag, den 29. Mai, abds. 8 1/2 Uhr Delegierten-Sitzung in Kästes Restaurant, Kupferstraße 7. Wichtige Tagesordnung. **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Don- nerstag im Monat bei Hausfern, Sandowstr. 42. **Haidberg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonn- abend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofmann, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsklub. **Häfelberg (Vollständiger Ortsverband).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsklub, Kurfürstenstr. 29. **Sitzung.** **Eberfeld - Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggen- kämpfer, Eberfeld, Eisenstr. und Erlöngsstr. 66. **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband- Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verbandsklub C. Simon, Alter Markt. **Haaren b. Wachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Ludewig. **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsklub sind. jed. 1. Sonn- abend i. Monat i. Postage-Kaffee, Herr. Brauhausstr., Katt. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Roßstr. Distriktsklub. **Hersleb (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janber, Döhr. **Leipzig (Gewerkschaftsvereine - Eberfeld).** Die Lehnungsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Ver- bandsklub Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, Katt. Güte und Stimmabgabe Mitglieder sind peral. willkommen. **Leipzig - West (Ortsverband).** Himmelfahrt, 25. Mai, Ausflug nach Schöneberg. Treffpunkt 8 Uhr Burg- aue, Leipzig. Mit Beteiligung des Ortsverband- des Leipzig, den beiden Jugendabteilungen und der Gewerksvereine Eberfeld mit Musik. **Schmieda (Ortsverband).** Sonntag, 28. Mai, nachm. 4 Uhr Versammlung im Rest. und Cafe Struna, Schlier- platz in Schmieda. L.-D. betreffend Gewerbezeitungswahl. **Stettin (Sängerklub der Gewerksvereine).** Die Lehnungs- stunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, Katt. Stimmabgabe Kollegen sind heral. will- **Tege (Distriktsklub für Tege, Dorfstraße und Reinholdsdorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Rechner, Berlinerstr. 38. Güte willkommen. **Thorn (Wäcker).** Jeden Sonntag nach dem 1. Orts- vereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstr. 62. **Weihenfeld a. G. (Verbandsabteilung der Gewerk- vereine).** Lehnungsstunde jeder Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinsklub „Schwefelhaus“, Schäfers- straße. Gehänglebende Gewerkschaftsmitglieder sind willkommen. **Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerksvereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schwefelhaus“.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressen- verzeichnis.

Kirchen a. Elbe (Ortsverband). A. Danner, Vorsitzender, Kirchhütte b. R. S. Wigand, Schriftführer, Hauptstr. 64. G. Plage, Kassierer, Hauptstr. 54.

§. M. in Breslau. Der Betrag für die hier her- gestellten Adressenverzeichnisse ist bisher noch nicht bezahlt.

Anzeigen-Zeil.

Wer Inserate werden aus gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkverein
 Jahrgang 1910
 auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsvereine und
 Verbandsbibliotheken
 5, sonst 7 Mark
 bei vorheriger Einsendung des Betrages.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
 Bestellungen an den Verbandskassierer
 R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/22.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.-
 bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konturmassen, Bombardiergeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich
 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 4.50 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 5 Mk.
 Ein Versuch führt zu dauernder Kundhaft. - 500 sende franko. - Nichtsendende werden unfrankiert jurd.
 Versand nicht unter 100 Stück - 25 Pfg. Berlin, Berlin, C. Wenzel, Schönhauser Straße 16. - Gehört bei 1894.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
 der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Drucker)
 NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
 wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
 Bestenpreis: Amt VII, Nr. 4720.

Primessan (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstufung. Markenabgabe beim Kol. R. Adam, Colognerstr. 13.
Schweinitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Ver- pflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kol- legen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsvereinskassierer Kollegen A. Diehl, Her, Weißstr. 2 II Exp.
Kattowitz (C.-Schl.). Durch- reisende Gewerkschaftsmitglieder er- halten 75 Pfg. Ortsvereinsange- schein beim Kassierer. Kol. Georg Schmitzer, Goethestr. 11 par. (Mittags 12-1, abends nach 6 Uhr.)
Erfurt. In durchreisende Kol- legen wird eine Unterstufung von 0,75 Mk. durch den Ortsvereins- kassierer August Seitenficker, Sangebrücke 61, gezahlt.
Wittenfeld (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten ein Ver- bandsgeschenk von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertre- ten, beim Ortsvereinskassierer S. König, Ackerstraße 1.
Caarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereins- kassierern oder im Sekretariat Caarbrücken I, Unten- bergstr. 28 I.
Hedermünde und Hungen (Ortsverb.). Durchreisende Verbands- kollegen erhalten Reiskartenunterstufung. Karten hierzu in Hedermünde b. Kollegen Heidemann, Weg- gartenstr. Nr. 19; in Hungen b. Kollegen Otto S. Blohm, Karlsfelderstr. 16.
York i. S. (Ortsverb.). Durch- reisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei C. Reuzel, Köhlerstraße 14.
Schwan i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstufung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsvereins- kassierer G. Walter, Neigeb- straße 44.